

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT
in der Bürger-Initiative **NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft**,
c./o. Stubenrauchstr,71, 16732 Eichwalde,
in enger Zusammenarbeit mit der **SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM**

Eichwalde, den 28.November 2014
Az.: Io + EG

K O M M E N T A R

Götterdämmerung beim BER-Projekt ?

Regiert zukünftig statt des Arbeitsrichters mit millionenschwerem Füllhorn bald der Strafrichter mit Strafausschüttungen?

- zu aktuellen Pressemeldungen des BMB-Pressedienstes -

Seit Spätsommer 2013 wurden der Brandenburger Landesregierung sowie dem Landtag einschließlich seines BER-Sonderausschusses immer wieder die Rechtswidrigkeit des BER-Projektes wegen schwerer Verstöße gegen übergeordnetes EU-Recht in Form der Vorschriften der Internationalen Zivilluftverkehrsorganisation ICAO gemäß dem von der Bundesrepublik ratifizierten Chicago-Abkommen konfrontiert.

Und Bundesverwaltungsgericht sowie Oberverwaltungsgericht haben den BER-Verantwortlichen schon insgesamt drei mal "willentliche Verstöße" gegen Bestimmungen von Planfeststellungsbeschluss und -ergänzungsbeschluss angelastet, so daß das Schallschutzprogramm neu begonnen werden mußte - aber auch die derzeitigen Schallschutzgrundlagen wurden nach dem OVG-Prozeß zur neuen Zentrale-Orte-Gliederung bürgerinitiativseitig selbst als landesverfassungswidrig bewiesen.

Und der Umlandgemeindenverband brachte vor der Landtagswahl gemeinsam mit Bürgerinitiativen und Vereinen einen umfangreichen Flyer mit aktuellen Rechtsbrüchen beim BER-Schallschutzprogramm in Umlauf.

Staatsanwältliche Ermittlungen bzw. Strafrechtsprozesse gegen Verantwortliche zum BER-Komplex, ob zur Auftragsvergabe oder Kostenmanipulation, Bestechung oder Bestechlichkeit - der Ruf mancher Persönlichkeiten aus dem BER-Management und mancher Geschäftspartner ist unwiederbringlich dahin! Und dies nicht zuletzt durch Insider-Enthüllungen und Rauswürfe Baumängel-Verantwortlicher oder bezüglich der Vorlage von Beschuldigungen Baumängel-Aufdeckender oder Management-Kritiker.

Die Regierungspartei DIE LINKE wurde bei den Landtagswahlen, offensichtlich wegen Nichtwahrnehmung ihrer parlamentarischen und Regierungs-Verantwortung beim BER-Projekt, deutlich abgestraft, im BER-Umland sogar so extrem, daß sie, wäre das Wahlergebnis für ganz Brandenburg repräsentant, nicht einmal mehr den Sprung in den Landtag geschafft hätte!

Haben die Brandenburger Regierungsparteien nun endlich den Ernst der Lage erkannt???

Die Ablösung der bisherigen Beauftragten des Landes beim Bund als Staatssekretärin, welche noch vor kurzem als mögliche Anwärterin für ein Ministeramt angesehen wurde, und die Ablösung des Staatssekretärs für Flughafenkoordination, beide bisher als Juristen Mitglieder der Staatskanzlei, könnte ein erster Hinweis darauf sein, gegen welchen aber das "Weiter-so!" der Regierungserklärung spricht. Auffallend nur, daß sowohl Regierungserklärung als auch Koalitionsvertrag zum BER-Komplex in der Aussage wohl recht vage blieben. BER - ein heißes Eisen!

Aber die bisherigen "Bauernopfer" in Flughafengesellschaft wie Landesregierung, zu denen ja auch Ex-Ministerin Tack gehört, bewirken auch, daß die Verantwortung für das BER-Projekt immer mehr auf die Landesregierung fokussiert wird, wofür auch die BER-Aufsichtsrats-Vorsitz-Empfehlung von Wwareits designiertem Nachfolger Müller als Regierender Bürgermeister spricht, der sich aber dort im Gegensatz zum Ministerpräsidenten Brandenburgs auch selbst ein genaues Bild machen können möchte - durch persönliche Mitgliedschaft!

Ist deshalb der Redebeitrag von Ex-Ministerpräsident Stolpe zur Verantwortung für die falsche Standortentscheidung, diese bei der Bundes-CSU zu suchen, schon als erster Befreiungsschlag der Landesregierung gegen die volle politische Verantwortung zu werten für das BER-Desaster, auch für die SPD als Partei?

Und ist vielleicht der Vorschlag von Jutta Matuschek, DIE LINKE, im Berliner Untersuchungsausschuss, juristische Schritte gegen Verantwortliche gemäß dem Erkenntnisstand des Ausschusses zu prüfen, als Hinweis für die Abwälzung der politischen Verantwortung ihrer Partei in Brandenburg auf bisher "mit goldenem Handschlag" verabschiedete Flughafen-Chefs zu werten? Die im Ausschuß u.a. erhobene Forderung nach Ermittlungen gegen die Ex-Flughafen-Chefs Körtgen und Schwarz wegen der "Bildung eines Kartells der organisierten Verantwortungslosigkeit" spricht für strafrechtliche Verfahren, während die Kommentare zu bisherigen privatrechtlichen Verfahren noch "Unfähigkeit" als weder strafbar noch als arbeitsrechtlich entschädigungsverhindernd ansahen, da ja kein bewußter Fehler der Entlassenen vorläge. Das liest sich nun ganz anders! Und die Erhöhung der Entschädigungsforderungen an den Stararchitekten von Gerkan von 80 Mill. € auf etwa das dreifache, den man dazu auch noch braucht zur BER-Chaos-Entwerrung, weshalb die erste Forderung gerichtlich erst mal zurückgestellt wurde, läßt nach der Aufforderung der Landesregierung an die Flughafengesellschaft, Mehrkosten am Kapitalmarkt kreditieren zu lassen, auf extremen Finanzierungsbedarf tippen, dessen Deckung wegen immer neuer Horrormeldungen als fragwürdig und teuer einzuschätzen ist. Und die neuen hohen Forderungen an von Gerkan, selbst FBB-intern umstritten, dürften seine Hilfswilligkeit wohl kaum befördern. Das Chaos um die Entrauchungsanlage wird sich so wohl nicht lichten, und der aktuelle BER-Inbetriebnahme-Termin als Voraussage bezüglich 2017 und 2018 könnte sich wohl allein damit noch durchaus auf 2019 verschieben. Selbst wenn geltendes Recht der EU also auch weiterhin mißachtet werden sollte, dürfte dies nicht mehr helfen, das Projekt vor Ablauf der Baugenehmigungsgültigkeit abzuschließen!

Resultiert daraus die neueste mehdomnige Idee, die LDS-Abnahmebehörde zu kurzfristiger Umbauplanungsgenehmigung zu vergattem oder die Baugenehmigungsfrist regierungsseitig zu verlängern, gesetzlich, durch eine Lex BER? Wo doch der neue Technik-Chef weitere Umbauten erst mal ablehnen soll?

Ein Akt mehdomniger Selbstverteidigung nach seinen vielen Rauswürfen Verantwortlicher und dem Nehmen regierungsseitig bisher Verantwortlicher, wie Ex-Ministerin Tack, Ex-Bundesbeauftragte Fischer und Ex-Staatssekretär Bretschneider aus der Schußlinie? Befürchtet Mehdom, als nächstes "Bauernopfer" der Landesregierung zu enden? Will die Landesregierung durch Druck "nach unten" und nach der Stolpe-Enthüllung zugleich "nach oben" die eigne Verantwortung für das BER-Desaster relativieren?

Ist sie also schon in Sicht, die Zeit der "Götterdämmerung" beim BER-Projekt? Und schießt man bundesregierungsseitig deshalb schon auf das TTIP-Abkommen als "letzte Rettung"?

Wann endlich endet dieses Sich-erheben über christliche Moral, Recht und Gesetz? Wann endet das Ignorieren von verbindlichen Vorschriften der Internationalen Zivilluftfahrtsorganisation ICAO, von Bürger- und Menschenrechten, von Landes-, Bundes- und EU-Verfassung - nicht nur als Versuch, nein: als Realisierung bei einer ILA, der Landesregierung bekannt? Wann endet die verfassungswidrige Mißachtung des Gebotes der Umsetzung des erfolgreichen Volksbegehrens zum Nachtflugverbot einschließlich der Ablehnung des Standortes Schönefeld als Single-Flughafen im Berliner Raum, Landtag wie Landesregierung bekannt?

Hat nicht Bundeskanzlerin Angela Merkel erst dieser Tage bei ihrem Treffen mit der polnischen Ministerpräsidentin verkündet:

"Es gilt nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts!" ? Wo bleibt beim BER-Projekt die Durchsetzung dieser Richtlinienkompetenz der Kanzlerin im Rahmen der immer wieder betonten Verfaßtheit unseres Landes im christlich-jüdischen Wertesystem Europas? Ist schon eine Menge offensichtlich nutzlos in den märkischen Sand gesetzten Betons ausreichend, dieses vielbeschworene hehre Wertesystem restlos vergessen zu lassen?

Und wenn alles noch eine Weile so weitergeht - wie soll dann der Bundesverfassungsschutz noch Staatstragende und Staatsfeinde voneinander unterscheiden?

Oder soll die "Berliner Verfahrensweise" Schule machen, indem BER-Projektkritiker einfach wie Staatsfeinde von der Polizei unter Beobachtung gestellt werden? Die Presse berichtete schließlich über diese Methode!

Ist der Auftrag des Berliner Abgeordnetenhauses an den BER-Untersuchungsausschuß nicht zu eng formuliert, wenn er sich nur auf das Baumängeldesaster konzentrieren soll? Sicherlich! Wer die BVBB-Presseschau vom 26. November 2014 liest, beispielsweise den Beitrag von Moritz Maroldt im TAGESSPIEGEL "Mit dem Kopf durch den Kabelsalat" (oder andre), wird erkennen, daß aber auch schon die Bauprobleme allein geeignet sind, ernsthafte Zweifel zu erzeugen, ob der BER jemals ans Netz gehen kann.

Im vorgeh. Beitrag wird beispielsweise der neue FBB-Technik-Chef Marks zitiert:

"Das Ziel ist es, die sogenannte Vergangenheit zu einem gemeinsam abgestimmten Abschluß zu führen" - und der Verfasser ergänzt dies mit "Entkernung, Abriß, Neubau. Dort oder woanders."

Zuvor aber äußert er sich zu Mehdorns Versuch "hartleibige Behörden" für die Verschiebung der Nordbahn-Sanierung verantwortlich zu machen mit "Eher war doch das Problem, daß beim BER-Chef das Thema Lärmschutz, das für die Verschiebung ursächlich ist, zu lange auf taube Ohren gestoßen ist." Wie zutreffend! Und da auch der 3. Konzept-Ansatz internationalem verbindlichen Recht widerspricht, kann der Neubau nur "woanders" stattfinden, da der Schallschutz sonst technisch kaum realisierbar oder, wenn doch, einfach unbezahlbar wäre - oder beides. Statt der bisher für das BER-Umland vorgesehenen Schallschutzfenster der Schallschutzklassen 3 und 4 müßten nämlich solche der Klassen 5 und 6 zur Anwendung kommen!

Laut TAZ (vgl. BVBB-Presseschau vom 28.11.2014) soll der Schallschutz für Tegel 2,5 Mrd. € kosten - warum waren anfangs für den BER nur 5% dieser Summe geplant???

Wann also gibt die hohe Politik endlich das Startzeichen
"P r o j e k t a b b r u c h in Schönefeld"?

Die Wahlen sind doch erst mal vorbei !

Ist es die Angst vor der Blamage? Blamage ist doch längst allgegenwärtig! Jeder Bürger kann sie zum BER-Projekt jeden Tag in fast jeder Zeitung lesen! Und auch die Ursache ist doch längst offensichtlich und über die Presse bekanntgemacht:

polit.lobbyistisch-autokratisch-anarchische Planungsprozeß-Beeinflussung in hunderten von Fällen während der Entwurfsphase verbunden mit viel Pfusch durch exzessiven Termindruck auf Baufirmen zur Einhaltung des allein wahlpolitisch begründeten Eröffnungstermins 3. Juni 2012 bei Fehlen einer präzisierten Aufgabenstellung für das Projekt, welche sogar gemäß aktuellen Aussagen von FBB-Technik-Chef Marks bis heute fehlt, da man sich beispielsweise noch nicht einmal sicher ist, ob das aktuelle Konzept zu vorschriftsgemäßem Abschluß führen kann!

Kein Wunder! Erst Absaugen von Schwelgasen allein nach unten, nun Absaugen von Rauchgasen allein nach oben - aber wer garantiert, daß statt nur Schwelgasen aus unvollständiger Verbrennung im Brandfall nur Rauchgase aus vollständiger Verbrennung entstehen werden? Schwelgase sind schwerer, Rauchgase sind leichter als Luft - müßten da nicht beide Lösungen miteinander auch noch kombiniert werden?

Viele, viele aktuelle Fragen - aber vielleicht sind wir ja bald schlauer? Warten wir's ab - aber bitte bewußt nicht tatenlos! Schließlich sollte nicht in Vergessenheit geraten, daß das BER-Projekt durch ökonomische Fehler projektplanungsmäßig recht unbedarfter politisch Verantwortlicher dem Ansehen deutscher Ingenieurskunst und dem Markenzeichen "Made in Germany" au -

berorderlich schadete und schadet und unser Land dem internationalen Gespött preisgibt, daß die "Lex Tegel" zur Schallschutzverweigerung gekippt werden muß und es aus gleichem Grund keine "Lex BER" zur Bauantragsgültigkeitsverlängerung geben darf: wegen der verfassungswidrigen Verletzung von Bürger- und Menschenrechten!


Dr. G. Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT